

Plädoyer für eine (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit

Nicht ducken – mucken! Lautet nicht nur der Titel dieser Fachtagung. Vielmehr wird mit „Nicht ducken – mucken“ ein bestimmtes sozialarbeiterisches bzw. sozialpädagogisches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht, das zumindest seit Ende der 1960er Jahre bekannt sein sollte, und zwar infolge der damaligen Studentenbewegung, der Akademisierung und Ver-Sozialwissenschaftlichung Sozialer Arbeit sowie der Politisierung der sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Praxis.

Wenn „Nicht ducken – mucken“ als Chiffre steht

- für eine selbstbestimmt-politische Soziale Arbeit,
- für eine subjektorientierte Soziale Arbeit,
- für eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit,
- für eine widerständige Soziale Arbeit,

dann komme ich **nicht** umhin meine Befürchtung zum Ausdruck zu bringen, dass eine solche Soziale Arbeit sich in Deutschland bis zum heutigen Tag nicht hat durchsetzen können.

Und das, obwohl es in diesem Land schon immer engagierte Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen gegeben hat und noch gibt, die sich wehren gegen Bedingungen und Zumutungen, die im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit immer mitgedacht werden müssen, die sich also wehren:

- gegen gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse,
- gegen das Leiden und die Hoffnungslosigkeit zunehmend vieler Menschen,
- gegen die Instrumentalisierungsbemühungen durch Staat, Politik und Bürokratie,
- gegen die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit,
- gegen die von der Sozialen Arbeit vorzunehmenden Kontrolltätigkeiten, Disziplinierungstechniken oder Stigmatisierungsprozeduren,
- und nicht zuletzt: gegen die Ausbildungsbedingungen und –inhalte an den Hochschulen.

Es handelt sich hierbei um Bedingungen und Zumutungen, die tatsächlich kontinuierlich Eingang gefunden haben in sozialarbeiterische und sozialpädagogische Diskussionszusammenhänge und Praxen...

... allerdings existierten diese Diskussionszusammenhänge und Praxen – mit wenigen Ausnahmen, wie in der Zeit von Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre – immer nur am Rande, Dank des Engagements und politischen Selbstverständnisses und auch Mutes einer Minderheit.

Eine Minderheit, die zum „ducken“ nicht gewillt ist, die sich nicht abfinden will mit

- gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen,

- mit dem Leiden und der Hoffnungslosigkeit zunehmend vieler Menschen,
- mit den Instrumentalisierungsbemühungen durch Staat, Politik und Bürokratie,
- mit Kontrolltätigkeiten, Disziplinierungstechniken oder Stigmatisierungspraxen,
- mit den Ausbildungsbedingungen und –inhalten an den Hochschulen.

Sie stehen für ein „mucken“, für ein „sich-nicht-abfinden-wollen“ mit den gesellschaftlichen Zumutungen und Widersprüchen.

Aber sie sind zugleich konfrontiert mit einem „mainstream“ Sozialer Arbeit in Praxis, Wissenschaft und Lehre...

... Einem „Mainstream“, der an der Produktion und Reproduktion der Bedingungen, der Ungleichheitsverhältnisse und Widersprüche, die doch eigentlich zu reflektieren, zu kritisieren und zu verändern wären, nicht unwesentlich beteiligt ist.

Gemeint ist eine „traditionelle“ Soziale Arbeit, die entsprechend politisch-bürokratischer Vorgaben funktioniert.

Eine solche Soziale Arbeit funktioniert,

- weil sie sich in einem objektivistischen Verständnis von Welt eingenistet hat, und davon ausgeht, gesellschaftliche Ordnung, Vorstellungen von Normalität und Abweichung; gesellschaftliche Ungleichheits-Verhältnisse seien naturgegeben oder sogar gottgegeben.
- Eine solche Soziale Arbeit funktioniert, weil sie ihre Wahrnehmungen, ihre „Diagnosen“ und ihr Handeln regelmäßig an Vorgaben von Staat, Bürokratie und Verwaltung ausrichtet;
- Eine solche Soziale Arbeit funktioniert, weil sie ihren Wahrnehmungen, ihren „Diagnosen“ und ihrem Handeln regelmäßig Wissensbestände anderer sozial-technologisch orientierter sog. Bezugs-Disziplinen wie Medizin, Psychologie oder Recht zugrunde legt;
- Eine solche Soziale Arbeit funktioniert folglich, weil sie gesellschaftliche Bedingungen und Widersprüche sowie daraus resultierende Konflikte, aber auch Folgen für die Subjekte – nämlich Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Leid – individualisierend zu bearbeiten sucht und - entsprechend der neoliberalen Maxime, dass jeder seines Glückes Schmid sei – bemüht ist, die Betroffenen sozialpädagogisch zu beglücken, zu aktivieren, zu fördern, zu fordern usw.

Aber warum „funktioniert“ Soziale Arbeit regelmäßig in dieser Art und Weise?

Für eine erste Antwort beziehe ich mich immer wieder gerne auf einen der zahlreichen Sozialwissenschaftler, die sich in den Jahren nach den 1968ern intensiv mit der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit befasst haben, einer Sozialen Arbeit, die die Folgen gesellschaftlicher Bedingungen individualisierend bearbeitet. Gemeint ist der Oldenburger Soziologen Helge Peters.

Für eine Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Funktionen Sozialer Arbeit sind übrigens nach wie vor empfehlenswert die Beiträge in dem 1973 erschienen Band „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“, herausgegeben von Walter Hollstein und Marianne Meinhold.

Aber nun zu Helge Peters: Er setzte sich ebenfalls 1973 mit der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit auseinander; und er kritisierte in diesem Zusammenhang die ausschließlich individualisierenden Hilfen sowie den mangelnden Bezug auf sozialwissenschaftliches Wissen. Er schrieb:

„Nicht nur würden Sozialarbeiter durch die in Frage kommenden Sozialwissenschaften auf Regelmäßigkeiten aufmerksam gemacht werden, die die Notwendigkeit individualisierender Hilfe bezweifeln lassen, vielmehr würde eine wissenschaftliche Fundierung die Sozialarbeiter häufig darauf hinweisen, dass ihre Handlungsmöglichkeiten wenig effizient und ihr Aktionsradius zu klein ist, um die Probleme so zu lösen, wie es möglich und nötig wäre...

...Zudem würden Interventions-Vorschläge, die sich auf soziale Strukturen und deren Bedingtheit bezögen, auf den Widerstand der jeweils privilegierten Personengruppen einer Gesellschaft stoßen...

... Eine Sozialarbeit, die solche Vorschläge machte, würde die Basis verlassen, der sie ihre gegenwärtige Existenz verdankt und sie würde unter politischen Druck geraten, dem sie sich wegen ihrer Abhängigkeit von den politischen Instanzen, die sie finanzieren, nur schwer widersetzen könnte. Entsprechend vermeide es Sozialarbeit, Herrschaftsstrukturen zu bedrohen, und beuge damit einer Bedrohung ihrer selbst vor.“

Eine Einschätzung, von deren aktueller Gültigkeit ich überzeugt bin, die uns zudem aber auffordert, uns mit folgenden Aspekten kurz zu befassen:

- mit den Begrenzungen Sozialer Arbeit durch staatliche, politische und bürokratische Vorgaben, also wesentlichen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit.
- mit den Möglichkeiten selbstbestimmter, politischer sozialpädagogischer Praxis

Tatsächlich lassen sich Soziale Arbeit bzw. die mit ihr in Verbindung gebrachten Funktionen, Aufgaben und Aufträge nur verstehen, wenn zugleich die historisch-

gesellschaftliche Entwicklung sowie grundsätzlich die diskursiven, gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen Sozialer Arbeit reflektiert werden.

Soziale Arbeit war in ihrem Handeln von Beginn an orientiert an ihr vorgegebene gesellschaftliche Ordnungsmodelle, an Vorstellungen von „Normalität“, „Devianz“ und „sozialen Problemen“, also an staatlichen und politischen Vorgaben, an denen sie sich nach wie vor orientiert.

So ist es zu aller erst der Staat, dessen normativer, rechtlicher Rahmen, der den Handlungsspielraum Sozialer Arbeit begrenzt.

Und wenn ich von „Staat“ spreche, ist damit in einem weiten Sinne die Gesamtheit der politischen und gesellschaftlichen Institutionen eines Gemeinwesens und ihre Wechselbeziehungen gemeint.

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass Politik und Soziale Arbeit unauflöslich miteinander verbunden sind.

Soziale Arbeit ist eine politikimmanente Form gesellschaftlicher Praxis.

Mit Albert Scherr gesprochen:

Soziale Arbeit war und ist an staatlich-politische Vorgaben gebunden und kann deshalb als Bestandteil des modernen Projekts begriffen werden, eine einheitliche und politisch regulierte Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und eine umfassende Ordnung des Sozialen innerhalb der Grenzen des Nationalstaates durchzusetzen.

So gesehen stellt sich gar nicht die Frage, ob Soziale Arbeit politisch sein soll!

Denn Soziale Arbeit *ist* politisch. Sie ist immer politisch, ob sie will oder nicht; sie ist immer politisch, ob sie dies in Rechnung stellt, oder nicht.

Gegenüber einem engen Politikbegriff, der politisches Handeln lediglich den auf das jeweilige System bezogenen, formalisierten politischen Institutionen vorbehält, beziehe ich mich hier auf ein weites Verständnis von Politik, das sich auf politisches Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen bezieht.

Politisch ist soziales Handeln dann, wenn es sich einerseits auf die politische Ordnung bezieht – in verändernder oder bewahrender Absicht - oder andererseits auf ihre mannigfaltigen Verflechtungen mit der Gesellschaft.

So verstanden kann der aktive Einsatz für das Gemeinwohl einer Gesellschaft oder die Interessen in einer gesellschaftlichen Organisation / Gruppe als politisches Handeln bezeichnet werden.

Was Soziale Arbeit zu klären hat ist also nicht, **ob** Soziale Arbeit politisch ist. Zu klären ist vielmehr das politische **Selbstverständnis** Sozialer Arbeit. Und das heißt zugleich eine

- Klärung des wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisses,
- Klärung des Professionsverständnisses
- Klärung der Aufgaben und Funktionen

Auf den Punkt gebracht:

Was Soziale Arbeit unbedingt zu leisten hat, will sie sich als selbstbestimmte, reflexive und kritische Disziplin und Profession begründen, ist eine Bezugnahme auf

- ein **eigenes** theoretisches Selbstverständnis,
- auf einen **selbst bestimmten** Gegenstand sowie
- eine Bezugnahme auf die Bedürfnisse und den Willen der AdressatInnen Sozialer Arbeit.

Zu leisten ist dies im Allgemeinen für „die“ Soziale Arbeit.

Zu leisten ist dies aber auch für die jeweiligen Arbeitsfelder.

Noch deutlicher:

Wesentliche Voraussetzung für eine selbstbestimmtere, kritisch-reflexive Soziale Arbeit ist die kontinuierliche Klärung des eigenen Selbstverständnisses:

- Es geht um die Frage: Was ist Soziale Arbeit?
- Es geht um die Frage: Was sind Aufgaben und Funktionen Sozialer Arbeit?
- Es geht um die Frage: Worauf wollen wir uns in Wissenschaft, Lehre und Praxis beziehen?

Werden diese Fragen **nicht** geklärt oder kann oder will Soziale Arbeit diesen wissenschaftlichen und (fach-)politischen Anforderungen **nicht** genügen...

... dann wird **das** geschehen, was schon immer geschehen ist: Deutungs- und Entscheidungsmächtige Akteure aus Politik und Verwaltung werden das vorhandene Vakuum für **ihre** strategischen, politischen, ideologischen Zwecke und Interessen nutzen. Das heißt:

- Akteure aus Politik und Verwaltung werden **ihre** Definitionen von „Normalität“, von „Abweichung“, von „sozialen Problemen“ oder von „Problemgruppen“ durchsetzen und Soziale Arbeit auf diese Definitionen verpflichten.

- Akteure aus Politik und Verwaltung werden **ihre** Vorstellungen von Sozialer Arbeit samt ihrer Aufgaben und Funktionen benennen und durchsetzen.
- Und letztlich wird Soziale Arbeit den so produzierten politisch-bürokratischen Logiken und daraus resultierenden Handlungsaufforderungen folgen, weil sie keine Argumente hat, dies nicht zu tun.

Ein kurzer Einwurf, um nicht missverstanden zu werden:

Das Phänomen der Theorielosigkeit und eines mangelnden politischen Selbstverständnisses ist kein ausschließliches Problem sozialarbeiterischer oder sozialpädagogischer **Praxis**.

1. Müssen im Zusammenhang mit politisch-bürokratischen Problematisierungsweisen und Aufgaben- und Funktionszuweisungen an die Soziale Arbeit immer auch dominante ökonomische und gesellschaftspolitische Diskurse zum Gegenstand der Auseinandersetzung werden, wie der aktuelle neoliberale/neosoziale Diskurs und als dessen Konsequenz ein aktivierender und zunehmend kriminalisierender und strafender Staat.
2. Muss in Rechnung gestellt werden, dass auch die Hochschulen in Deutschland nicht mehr die Orte sind, an denen Maximen wie Emanzipation, Mündigkeit, Reflexivität und Kritik ermöglicht werden; mir scheint hingegen, dass sie – spätestens mit Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse in Folge des sog. Bolognaprozesses – zu Orten der Untertanenproduktionen degeneriert sind. – Orte, in denen Untertanen Untertanen ausbilden.

Nicht wenige mir bekannter Hochschulen stehen geradezu für Theorielosigkeit und mangelndes politisches Selbstverständnis. Aber sie stehen insbesondere auch für eine Soziale Arbeit, die meines Erachtens mit einem originären Sozialarbeitsverständnis wenig zu tun haben.

Beispielhaft beziehe ich mich auf eine mir bekannte Hochschule.

Diese Hochschule, über die ich jetzt rede, und die nicht meine Hochschule ist, bildet Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen aus.

An dieser Hochschule lehren ca. 35 Professorinnen und Professoren. Von diesen sind 5-6 Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogen; der „Rest“ sind VertreterInnen sogenannter Bezugsdisziplinen.

Es dominieren die als Kolonialmächte auftretenden und eher naturwissenschaftlich orientierten Mediziner, Psychologen und Juristen.

„Naturwissenschaftlich“ deshalb, weil sie von einer naturgegebenen oder sogar (allen Ernstes) gottgegebenen Gesellschaft ausgehen; darüber hinaus von objektiv vorhandenen sozialen Problemen, von selbstverständlichen Normalitätsvorstellungen und in der Konsequenz von eindeutigen Vorstellungen von Abweichung.

Und es eint diese Kolonialherren- und Damen die Vorstellung, dass es bestimmte Ursachen-Faktoren gibt, die zumeist in den Adressatinnen liegen, und die medizinisch, psychologisch oder juristisch angegangen werden können.

Diese sozialtechnologische Vorstellung von Sozialer Arbeit geht wie selbstverständlich einher mit der Ausblendung oder gar Verneinung gesellschaftlicher Bedingungen, Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse.

Entsprechend werden in den Lehrveranstaltungen vieler Bezugswissenschaftler insbesondere Methoden zur „Fall“-Bearbeitung oder juristisches Fachwissen zum Besten gegeben, aber natürlich auch individualisierende-therapeutische Verfahren.

[Eine Nebenbemerkung: Die Präferenz individualisierender-therapeutischer Verfahren zur Bearbeitung der Folgen struktureller Bedingungen und Widersprüche macht vor Konflikten in der eigenen Institution nicht Halt.

Einer von zahlreichen Konflikten an dieser Hochschule, der aus den Herrschaftsverhältnissen und aus den strukturellen Widersprüchen der Institution resultierte, wurde dahingehend von der Hochschulleitung ent-politisierend „bewältigt“, indem einer renitenten Kritikerin anempfohlen wurde, eine Psychotherapie zu beginnen]

Dass diese bezugswissenschaftlichen Vorstellungen von Sozialer Arbeit **nicht** übereinstimmen mit den Vorstellungen von Sozialer Arbeit der Fachvertreter aus der Sozialen Arbeit spielt keine Rolle.

Ganz im Gegenteil: die Hochschule wird dominiert von Psychologen, Medizinerinnen und Juristen; sie besetzen nicht nur die Posten in Hochschulleitung und Dekanat; sie dominieren zudem den Fachbereichsrat, die Berufungskommissionen und entscheiden somit – qua Tradition und kolonialem Übermut – die Besetzung neuer Stellen und behindern die Fortentwicklung der Hochschule.

Ein hochschulöffentlicher Einwand seitens eines Fachvertreters aus der Sozialen Arbeit, dass eine selbstbestimmte und kritisch-reflexive Soziale Arbeit ihren Gegenstand sowie ihre Aufgaben und Funktionen auch an dieser Hochschule eigenständig formulieren sollte und darüber hinaus gesellschaftliche Bedingungen und Verhältnisse zu berücksichtigen habe, wurde im Rahmen einer Hochschulkonferenz durch einen Bezugswissenschaftler mit dem Argument vom Tisch gefegt:

Soziale Arbeit und somit das Studium Sozialer Arbeit haben sich zu orientieren am Markt und an den Interessen der Träger.

Was solche Studiengänge für die Ausbildung kritisch-reflexiver Geister zu leisten vermögen, sei dahin gestellt.

Zurück zum Bemühen um eine selbstbestimmte Soziale Arbeit

Wenn wir für eine selbstbestimmte und kritische Soziale Arbeit eintreten wollen, dann bedeutet dies das Bemühen um Emanzipation von staatlichen bzw. politisch-bürokratischen Aufgaben- und Funktionszuweisungen sowie vom Dominanzstreben anderer Disziplinen und Professionen.

So hat sich Soziale Arbeit - egal in welchem Arbeitsfeld wir tätig sind - für die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen und die dominierenden Wissensbestände zu interessieren, die menschlicher Existenz und menschlichem Leiden, aber auch sozialpädagogischen Praxen zugrunde liegen, und sie hat diese zum Gegenstand der Analyse, Kritik und Veränderung zu machen. Das ist selbstbestimmtes politisches Handeln!

Soziale Arbeit hat kontinuierlich den Geltungsanspruch der Gesellschaft in Frage zu stellen und ihre Ideologien, Diskurse und Strukturprinzipien zu überprüfen. Auch das ist selbstbestimmtes politisches Handeln.

Soziale Arbeit hat – ganz im Sinne Klafkis – stets ein kritisches, emanzipatorisches Erkenntnisinteresse mit einem konstruktiven Veränderungsinteresse zu verbinden, und zwar dahin gehend, dass sie ihre professionsbezogene Tätigkeit mit dem politischen Interesse verbindet (das von ihrem fachlichen nicht zu trennen ist), gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zu kritisieren und – mit Max Horkheimer gesprochen - die Idee einer künftigen Gesellschaft als Gemeinschaft freier Menschen zu verwirklichen.

Ich teile die Auffassung meiner Kolleginnen Sabine Stövesand und Cora Herrmann, dass ohne den Zusammenschluss bzw. ohne die Bündelung der Handlungsmacht möglichst vieler Subjekte, beispielsweise im Rahmen sozialer Bewegungen, die herrschenden Verhältnisse, die Lebensbedingungen der Menschen, die Bedingungen Sozialer Arbeit nicht zu verändern sind.

Viel gewonnen und unabdingbar wäre, wenn Vertreter der Profession und Disziplin sich miteinander organisieren und sich darüber hinaus stärker in Bündnissen und Netzwerken engagieren würden.

Sie plädieren darüber hinaus für ein kritisches Denken und Handeln im Sinne einer „reflektierten Unfügsamkeit“, die auf ein begründetes und aktives Nicht-Einverstanden-Sein mit den dominanten Macht-, Herrschafts- und Regierungslogiken

abzielt. Nicht mehr und nicht weniger meine das von ihnen vertretene Programm einer (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit.

Ich füge hinzu:

Erst die Solidarität der Kollegen macht eine wirkungsvolle selbstbestimmte politische Arbeit möglich, und zwar ganz im Sinne Hannah Arendts, die – darauf hat Timm Kunstreich hingewiesen - auf die menschliche Fähigkeit verwies, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen politisch zu handeln;

„Denn alle politischen Institutionen sind Manifestationen und Materialisationen von Macht. Sie erstarren und verfallen, sobald die lebendige Macht des Volkes nicht mehr hinter ihnen steht und sie stürzt.“

Wir reden hier über Bedingungen und Möglichkeiten Sozialer Arbeit. Es handelt sich hierbei um Themen - ich habe es bereits eingangs erwähnt – mit denen sich Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen bereits vor 40 Jahren auseinandergesetzt haben. Und viele der Ergebnisse, die seinerzeit erarbeitet wurden, sollten für die heutige Soziale Arbeit immer noch von Bedeutung sein:

Ich zitiere aus einer Publikation des AKS aus dem Jahre 1974:

„Aufgabe kritischer Sozialarbeiter wäre es, die Gründe des Elends der Klienten nicht in der moralischen Empörung zu belassen, sondern die Widersprüchlichkeiten, die im kapitalistischen System notwendig angelegt sind, hervorzuheben. (...)

... Eine Realisierung revolutionärer Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse ist im Moment nicht greifbar. Das kann nicht zur Konsequenz haben, gar nichts zu tun und darauf zu warten, dass der Kapitalismus sich selbst liquidiert. Es kann auch nicht heißen, politische Aktivitäten auf das vorgegebene und erlaubte Maß zu reduzieren und weiterreichende politische Forderungen zu vergessen.“ Zitat Ende

Die Hoffnung auf eine Realisierung revolutionärer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist auch heute nicht greifbar; was aber nicht heißt, dass diese Hoffnung grundsätzlich verabschiedet werden sollte.

Und immer noch gilt: Dieser Sachverhalt kann in der Konsequenz **nicht** bedeuten, gar nichts zu tun, und darauf zu warten, dass der Kapitalismus sich selbst liquidiert.

Und auch und gerade heute kann es **nicht** heißen, politische Aktivitäten auf das vorgegebene und erlaubte Maß zu reduzieren oder weiterreichende politische Forderungen zu vergessen.

Und es gibt sie, die Möglichkeiten, die Räume und Arenen, die wir nutzen können, indem wir alternatives Wissen oder Deutungen einbringen, beispielsweise im Rahmen eigener Veranstaltungen und Aktionen, in denen solche Themen oder Widersprüche angesprochen und skandalisiert werden, die im Rahmen dominierender Diskurse regelmäßig keine Rolle zu spielen scheinen (soziale Ungleichheit; Armut; Unterdrückung; Diskriminierung; Lebensbedingungen in der Stadt; prekäre Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit; u.v.m.).

Neben solchen Veranstaltungen und Aktionen, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger wenden, besteht zugleich und zudem die Möglichkeit und Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit.

Auch hier gilt, dass Räume, Foren oder Medien nicht den üblichen deutungsmächtigen Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung oder Wirtschaft überlassen werden dürfen, sondern dass auch hier die Möglichkeit der Einflussnahme auf Berichterstattung besteht oder zunächst die Möglichkeit „der Verfremdung des Vertrauten“.

Auch die direkte Auseinandersetzung mit Entscheidungsträgerinnen aus Verwaltung und insbesondere Politik ist möglich, beispielsweise – bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe – in Sitzungen des Jugendhilfeausschusses oder in Stadtteilbeiräten, ferner im Rahmen gemeinsamer Diskussionsveranstaltungen oder im Rahmen von Politikberatung, die in Bremen u.a. vom AKS oder vom Bremer Institut für Soziale Arbeit + Entwicklung und vom Bremer Bündnis Soziale Arbeit geleistet werden, deren Ergebnisse sehr wohl Eingang in politische Debatten oder zuweilen auch in parlamentarische Anfragen finden.

Nicht zuletzt bieten meines Erachtens auch Prozesse der Sozial- und insbesondere Jugendhilfeplanung **eine** Möglichkeit an der Gestaltung des Sozialen teilzuhaben oder diese den Adressatinnen Sozialer Arbeit zu ermöglichen.

Entscheidend ist hierbei, dass diese Prozesse nicht lediglich als „Methode“ oder „Steuerungsmodell“ oder sozialtechnologisches Planungsverfahren verstanden werden, sondern als kontinuierliches demokratisches Diskurs- und Entscheidungsverfahren, in denen die Deutungshoheit und Interpretation von Bedürfnissen bzw. die Konstruktion von Bedarfen nicht den „Experten“ aus Politik und Sozialbürokratie, sondern den Bürgern und Bürgerinnen obliegen.

So sind zumindest einige Aufgaben, aber auch einige Anknüpfungspunkte für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen benannt, die dazu geeignet sind, das Reich des Wissens und der Plausibilitäten zu sabotieren – so hat es die Philosophin Petra Gehring formuliert, aber auch, um – produktiv gewendet – gemeinsam und solidarisch an der Gestaltung des Sozialen und somit an den Lebensbedingungen der Menschen und an eigenen Arbeitsbedingungen mitzuwirken.

Dass es einiger Anstrengungen bedarf, damit Soziale Arbeit sich in öffentlichen/kommunalen, medialen oder auch politischen Diskursen Gehör verschafft, liegt auch daran, dass sie in diesen bisher kaum vernehmbar war.

Niemand rechnet mit ihr (es sei denn vereinzelt und kaum hörbar, wenn es um Interessen oder Belange der eigenen Institution oder Position geht).

Statt Solidarität untereinander dominiert in den sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Praxen – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch – Konkurrenzdenken.

Diese Relation umzukehren scheint mir grundlegend für eine kritisch-reflexive und selbstbestimmt-politische Soziale Arbeit.

- Wenn wir – gerade auch als Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen – die gesellschaftlichen Entwicklungen, Ordnungsprinzipien und in der Konsequenz Ausschluss- und Ausgrenzungsprozesse nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen wollen,
- wenn wir – mit Sebastian Herkommer gesprochen – je darauf hinaus wollen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Strukturen und Prozessen im globalisierten Kapitalismus, der systematischen Reproduktion von Ungleichheit und der Aktualität sozialer Ausschluss- und Ausgrenzungsprozesse...

...dann kommt nicht nur der Klärung ihrer entscheidenden Ursachen erste Priorität zu, sondern (bezogen auf die Soziale Arbeit) die Aufgabe, sich in neuer Weise theoretisch, gegenstandsbezogen und politisch zu justieren und vor allem Antwort darauf zu geben, wie sich Soziale Arbeit zur Tatsache sozialer Ausschlussprozesse und Ungleichheitsverhältnisse verhält.

Konkret: angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass Ausbildung und Wissenschaft Sozialer Arbeit aus den Beschränkungen des akademischen Betriebs (wieder) heraustreten, und sich auf der Grundlage gemeinsamer Interessenlagen mit außerakademischen gesellschaftlichen Kräften verbinden; vereint im Kampf

- gegen soziale Ungleichheit,
- gegen die Funktionalisierung der Menschen für die Belange des Marktes (Meueler),
- gegen die Unterordnung der Vernunft unter unmittelbar Vorfindliche (Adorno/Horkheimer) sowie
- gegen die Deutungshoheit interessen geleiteter kollektiver Akteure aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft.